

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Nummer 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Nummer 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamazeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 6 1/4 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 15

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Donnerstag, 20. Januar 1921. (Fabian u. Seb.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. 48. Jahrgang

## Eine neue Oberschlesien-Note.

### Neuestes in Kürze.

**Münster, 19. Jan.** Es wird mitgeteilt: Auf Grund von Anzeigen über die Bildung einer bewaffneten Organisation der kommunistischen Partei wurden im Auftrage der Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Aachen durchgeführt. Ein großer Teil des beschlagnahmten Materials über das Bestehen einer Roten Armee wurde gefunden, eine Reihe von Festnahmen erfolgte.

**Berlin, 20. Jan.** Der Reichstag genehmigte den Reichshaushaltsetat für 1920, der durch Nachforderungen um 3.2 Millionen sich höher stellt.

**Breslau, 20. Jan.** In einem Vortragssaal im Keller einer Volkshochschule sollte ein Märchen- und Sagenabend stattfinden. Lange vor Beginn hatten sich etwa 1500 Kinder ohne Aufsicht in den Raum eingefunden. In dem fürchterlichen Gedränge wurden 5 Kinder getötet und 20 verletzt.

**Wien, 20. Jan.** Die französische Regierung will eine Kreditvorlage für Österreich auf dem Volkskongress einbringen.

**London, 20. Jan.** Reuters meldet aus Paris, auf der Pariser Konferenz werde Deutschland zum letzten Male Gelegenheit geboten, reichbare Vorschläge betr. Wiedergutmachung zu machen, sonst würden die Alliierten selbständig vorgehen.

**Sofia, 20. Jan.** In St. Jofe ist heute das Abkommen des zentralamerikanischen Bundes unterzeichnet worden.

### Die Abstimmung.

**Berlin, 19. Jan.** Die deutsche Regierung hat gegen die von der internationalen Kommission erlassenen Vorschriften bei der Wahlabschlusserklärung und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend begründeten Einspruch erhoben. Diese Vorschriften seien erlassen worden, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Opatowitz oder einer der in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschen und zugehörigen Abstammungsberechtigten in Verbindung getreten wäre. Auch der paritätische Beirat sei nicht beteiligt worden, während nach zuverlässigen Meldungen den Polen Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Note behauptet ferner, daß die Abstimmungsvorschriften unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages enthielten. In Analogie wird eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Abstimmungsvorschriften mit einer Deutlichkeit überreicht, in der die wesentlichen gegen die Abstimmungsvorschriften zu erhebenden Anstände dargelegt werden. Die Verletzungen des Friedensvertrages zum Nachteil der deutschen Interessen erblickt die deutsche Regierung darin, daß die kleinen Grenzgebiete nicht als selbständige Wahlbezirke anerkannt werden und daß den Gemeinden Katowice, Dörfel und Sandaun im Kreis Ratibor die Abstimmungsberechtigung verweigert wird. Eine weitere Verletzung des Vertrages würde es bedeuten, wenn ohne Zustimmung der beteiligten Mächte verschiedene Wahlkreise festgelegt werden sollten, da hierdurch die nach dem Friedensvertrag zu fordernde Einheitlichkeit des Wahlkreises beseitigt werden würde.

Im Weiteren werden die Fristen als zu kurz, die Vorschriften für die Eintragung als auf Ausschließung der Auswärtigen abzielend, die Nichtbeteiligung der Beamtenschaft an den Abstimmungsbestimmungen als gegen Deutschland gerichtet, die Strafbestimmungen als ungeschickt abgefaßt.

Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Wahlabschlusserklärung nicht als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages anerkennen. Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden.

### Noch ein Abstimmungstermin.

**Oppeln, 19. Jan.** Von internationaler Seite wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die in der Abstimmungsordnung vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Die vorliegende Abstimmungsordnung, so wird erklärt, ist unabänderlich. Ebenso ist es unzulässig, daß die Abstimmungen am 13. März stattfinden soll. Der Wahlkommission in Paris wird der Termin festgesetzt. Dieser wird von Oppeln als bekanntgegeben werden, ehe die französische Presse ihn erhält.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin, 19. Jan.** Der Reichstag genehmigte einmütig den 50jährigen Jubiläum des Reichstages und widmete dem verstorbenen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg einen Nachruf. (Bei letzterem saßen die Kommunisten auf ihre Plätze nieder und enthielten sich nicht, einen Totenmarsch durch Zwischenrufe zu stören.) Was soll man endlich dazu sagen, daß nachdem der Reichstag genehmigt hatte, die Kommunisten ihren Hauptling, Dr. Levi, vorzuführen, um gegen die Worte des

Präsidenten zum Reichsjubiläum Einspruch zu erheben, wobei er lächerlicherweise von imperialistischen Rundfunkstationen sprach! Daß ein völkischer Mensch wie dieser Dr. Levi, der sich mit seiner Partei unter das Votum von Moskau gestellt hat, sich erdreistet, in dieser Weise zu beschuldigen, was außer ihm und seinesgleichen allen Deutschen klar und teuer ist, ist nur ein trauriger Beweis dafür, daß man heute mit größtem Recht als früher von völkischen Gesellen sprechen kann, wenn man an die kommunistischen Führer denkt. Die Empörung des Hauses über die Schmähungen des Dr. Levi, die sich in lauten Schreien äußerten, an denen sich auch die Tribünenbesucher lebhaft beteiligten, wurde zum Schluß so laut, daß Levi seine Erklärung nicht zu Ende lesen konnte. Er mußte unter Zischen und Pfiffrufen die Tribüne verlassen.

Nach diesem unerfreulichen Zwischenfall trat das Haus in die Tagesordnung ein. Verhandelt wurde ein Antrag der Unabhängigen, der die Aufrechterhaltung der von der bayerischen Regierung auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen verlangt. (Den einzelnen deutschen Landesregierungen steht nach der Verfassung das Recht zu, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Ausnahmemaßnahmen zu ergreifen. Andererseits hat der Reichstag das Recht, die Aufhebung dieser Maßnahmen zu verlangen.)

Hg. Soldmann (D.P.) polemisiert heftig gegen das System der Räte-Regierung, das eine Provokation der Arbeiterklasse ist. Es werde mit der Verlagerung der Regierung und zwar gegen die Sozialdemokraten und alle freiheitlich gesinnten Parteien.

Reichsminister des Innern Koch betont, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eingeleitet habe, daß sie aber zu einem Eingriff nicht in der Lage sei, jedoch hoffe, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

Bayerischer Staatssekretär Dr. Schönerer macht nähere Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Reichsverfassung in Bayern nirgends verletzt worden. (Seine Ausführungen erregen die äußerste Empörung der von ihm befehligen Sozialisten.) Der Reichsminister weist, die Verletzung der bayerischen Regierung nachzuweisen, die landespolitischen Funktionen zu vervollständigen, was die Linie veranlaßt, ihm Staatsrechtliche Vorwürfe zu machen. Als Reichsminister, daß die Kommunisten mit allen Mitteln versuchen, sich der Waffenabgabe zu entziehen, kommt es zu erneuten Unterbrechungen.

Hg. Vogel (D.P.) erwidert, er werde sich der Sache mit der größten Ruhe annehmen, wenn sie ihm aber nicht über den Artikel der Verfassung hinweg, daß die einseitigen Maßnahmen von Landesregierungen nur zulässig seien, wenn Gefahr im Verzuge sei. In diesen Tagen seiner Ausführungen knüpft Reichsminister eine längere Darstellung des Verhältnisses der bayerischen Regierungen an. Reichsminister schließt mit dem Wunsch, daß das in der Verfassung vorgesehene Gesetz zum Artikel 48 recht bald komme.

Hg. Gumbinger (D.P.) wundert sich, daß man Bayern, das doch den Ausnahmezustand kennen gelernt habe, verurteilen könne, wenn es jetzt erkläre, auf seine Rechte verzichten und sich der Verfassung mit den Maßnahmen der Reichsregierung zu fügen. Von dem Ausnahmezustand ist jetzt herzufließen zu hören. Der Reichsminister antwortet, daß die einzige Folge des Ausnahmezustandes gewesen und dieser sei gewiss im Interesse der Festhaltung der Grenze zu begründen.

Hg. Dr. Strathmann (D.P.) schildert die Vorwürfe, die gegen Bayern erhoben werden. Tatsächlich werde in seinem Land so zielbewußt an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe gearbeitet, wie in Bayern. Das wir im Ausnahmezustand wüßten, wollten wir in Bayern nicht erleben. Reichsminister schließt mit der Versicherung, daß Bayern vorzüglich in der Sicherstellung der Ruhe und Ordnung sei.

Hg. Wieland (Zem.) erklärt, daß er gegen den Ausnahmezustand sei und daß der Reichsminister für die Verletzung der Verfassung zu sorgen habe. Die Frage mit der bayerischen Regierung im Verhältniß zu lösen.

Das Haus erledigt noch eine Reihe von Petitionen nach den Beschlüssen der Kommission und verläßt sich alsdann auf morgen mittags 1 Uhr.

### Kein Eisenbahnstreik.

**Berlin, 19. Jan.** Der AV wird gemeldet: Der Deutsche Eisenbahnerverband, der größte der im 16er-Ausschuß vertretenen Organisationen, hatte gestern seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter des 16er-Ausschusses über den Gang der Verhandlungen und über die großen Schwierigkeiten, die neuen Verhandlungen zur Annahme zu machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgeordneten Stimmen waren 51 für die Annahme der im Verhandlungswege erzielten Zugeständnisse, 20 für den Streik und 3 unbeschrieben. Damit ist die Entscheidung gegen den Streik gefallen.

### Neue indirekte Steuern?

**Berlin, 19. Jan.** Der Steuerauschuß des Reichstages, der vor der Neuauflage des Gesetzesentwurfes über das Reichsnotopfer nicht erledigen konnte und ein Vorgesetz an dessen Stelle setzte, nahm heute die Beratungen wieder auf. Auf Anfrage des Abgeordneten Reil (Soz.) machte Finanzminister Dr. Wirth Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgeprochenen Wünsche. Die Reichsregierung vertrete die Auffassung, daß den Ländern eine

einmalige Zuwendung vom Reiche gegeben werden soll, damit die Länder in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen der Beamten ausführen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu geben, würde ins Uferlose führen. Lebensfalls müßte der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuererhöhungen anordnen. Vor Verabschiedung des Gesetzes über die erhöhten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge müsse man sich mit der Frage der Einführung neuer Reichseinkommensteuern befassen. An Erhöhung der ausstehenden Politik auch neuer indirekter Steuern werde man kaum vorbeikommen. Momente der ausstehenden Politik spielen da mit hinein. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren werde zunächst vorgelegt, ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Fernsprechg Gebühren werde folgen. Im Hauptauschuß solle demnach über die Erhöhung der Eisenbahntarife Mitteilung gemacht werden. Eine Fristverlängerung über den 31. Januar 1921 hinaus für die Annahme von Kriegsanleihe zur Bezahlung des Reichsnotopfers könne er nicht abgeben.

Schließlich wurde der Antrag des Interaktions, den § 43 des Reichsnotopfers dahin zu erweitern, daß statt des 31. Dezember 1920 die Frist bis 31. Januar 1921 verlängert wird, angenommen. Angenommen werden ferner ein Antrag Dr. Helfferich sowie eine Verschärfung des Abg. Herold (Zem.), die auf eine weitere Erleichterung der Zahlungen durch Kriegsanleihen hinauslaufen. Weiterberatung morgen.

### Das Kabinett Briand.

**Genf, 19. Jan.** Die französische Deputiertenkammer hat sich zur Entgegennahme der Programmierung der neuen Regierung auf Donnerstag vertagt. Die Briand den Vertretern der Presse bemerkt, wolle er das Ergebnis seines bereits eingeleiteten Meinungsaustausches mit Lloyd George über die bevorstehende Konferenz der Entente abwarten, um der Kammer das neue Datum dieser Konferenz mitteilen zu können. Diese Konferenz ist auf den nächsten Montag festgelegt worden. An die Verlesung der Regierungserklärung wird sich eine allgemeine Debatte anschließen, denn es liegen bereits zahlreiche Interpellationsanträge vor. Briand war vorsichtig genug, einige einflussreiche Abgeordnete Wortführer des nationalen Widerstandes, wie Bonnevay und Lefebvre du Prey in sein Ministerium aufzunehmen. Gravier ist die Unzufriedenheit, die sich im Senat gegen die Zusammenfassung des Ministeriums geltend macht, das nur zwei Mitglieder der Delegation zum Ratifikationsrat im Senat aufzuweisen haben. Deshalb wird Briand kaum auf der bevorstehenden Erledigung dieser Angelegenheit bestehen.

### Die Schrauben.

**Berlin, 19. Jan.** Zu den Bedingungen des Verfallers Friedensvertrages gehört auch die Internationalisierung der Elbe, der Donau und des Rheins. Dieser sind für die Donau- und Rhein-Kommission bereits 12 Millionen Mark gezahlt worden. Weitere Forderungen stehen aber für die Elbe in Aussicht, daß im laufenden Rechnungsjahr insgesamt etwa 2 Millionen Mark erforderlich sein dürften.

Der für die Rheinland-Kommission zu ihrem Unterhalt anfänglich ansehnliche Kredit von 20 Millionen Mark ist bei den Beratungen des Reichshaushalts bereits verdrängt worden. Zu den angelegten 20 Millionen Mark dürften in diesem Rechnungsjahr noch 95 Millionen Mark hinzukommen. Von der Gesamtsomme sollen 47.2 Millionen Mark auf Frankreich, 39 Millionen Mark auf England, 13.2 Millionen Mark auf Belgien und 20 Millionen Mark auf die Reichsbergbauverwaltung zufließen. Auch über diesen Ausgabebereich wird die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsamt zu befinden haben.

### Nur ein Stimmzettel.

**Berlin, 19. Jan.** Auf den einmütigen Vorschlag sämtlicher Parteien hat sich der Vorwärts zufolge der Minister des Innern bereit erklärt, einen einzigen Stimmzettel für die drei Wahlkreise zum Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreisstag für jede Partei zuzulassen.

### Gegen das Wettrüsten.

**Tokio, 18. Jan.** Der japanische Minister des Äußeren erklärte heute nach einem Telegramm an die New York World, Japan würde eine Anregung zu einer allgemeinen Abrüstung von Seiten der Vereinigten Staaten sehr begrüßen. Da Japan dadurch von einem ungleichen Wettstreit befreit würde und sich der friedlichen Entwicklung widmen könnte.

### Katholischer Wahlkreis in Luxemburg.

In dem am 13. Januar stattgefundenen Gemeinderatswahl im Großherzogtum Luxemburg haben die Katholiken den vereinigten Sozialisten und Sozialisten gegenüber einen glänzenden Wahlerfolg nach hundert Kampftagen erzielt. Nicht bloß in der Hauptstadt, sondern in allen übrigen Teilen des Großherzogtums haben sie die überwiegende Mehrheit gewonnen, und damit der liberalen Sozialisten Herrschaft ein Ende bereitet.

## Sozialdemokratie und Preußenwahl.

Die Sozialdemokratie geht nicht mit zündenden Programmgedanken in die kommenden Provinzwahlen. Wer das nicht aus ihrer ganzen Politik im Reich wie in Preußen folgen konnte, kann es aus ihrem Wahlkampf erfahren. Immer haben in der sozialdemokratischen Propaganda das Schlagwort und die Agitationsphrase vorgeherrschet. Wenn aber eine Partei zu einer Zeit, in welcher einem Volke alle natürlichen Existenzbedingungen unter den Füßen zu entgleiten drohen, so wenig mit positiven, aus der besonderen Weltanschauung geborenen Eigenplänen zum Wiederaufbau vor die Wähler tritt, so muß das jeden bedenklich stimmen. Im christlichen Lager trägt man sich mit weitgehenden Plänen. Man hat eine eigene Antwort auf alle Motiven der Zeit. Eine neue, reichhaltige Erklärung des Staats-, Welt- und Wirtschaftsgeschehens geschieht um. Die Entwicklung der Berufsstände im Staate, die Wirtschaftsanbahnung des christlichen Sozialismus, die neue Gemeinwirtschaft, der wahre Völkerverbund, die natürliche Verteilung der organisierten Aufgaben in Reich, Staat und Provinzen spielen dabei eine große Rolle. Die Sozialdemokratie gegenüber nimmt sich der Aufgaben der Sozialdemokratie trotz aller tödlichen Reden und Drohungen nicht an. Erinnerungen an alles, was wir längst gehört haben: „Die alte Monarchie und der alte Militarismus haben den Krieg verschuldet. Keine Partei hat so zurecht, die den furchtbaren Druck von Versailles allmählich zu erleichtern, wie die Sozialdemokratie mit ihrem ungebrochenen starken Gefühl für die deutsche Arbeit und die deutsche Kultur und zugleich ihren internationalen Beziehungen.“

Wir haben alles dieses genossen. Das ungebrochene, starke Gefühl für die deutsche Arbeit haben wir in der Art, wie man die Revolution gemacht hat, kennen gelernt. Wir erinnern uns auch, wie in dem gleichen Gefühl die Sozialdemokratie im Reich aus der Regierung kniff, als es brennend wurde. Endlich beleuchtet der schmähliche Rückzug in der Sozialisierungsfrage recht eigenartig die Tatsache, daß die sozialistischen Lehren unerschütterlich sind und die sozialistischen Parteien, wenn es gilt, störende Worte einzufügen, an der Wirklichkeit der Dinge scheitern.

Auch das „Gefühl für deutsche Kultur“ gewinnt eine seltsame Form, wenn man die Rede der sozialistischen Kreise in allen brennenden Fragen der Gegenwart bedenkt. Es ist unvergessen, daß nicht die ausländische, sondern die deutsche sozialistische Presse es immer wieder war, die bei jeder Gelegenheit Schauerreden über Angriffsgeist und Angriffswaffen im westlichen deutschen Volke aufstachelte. Dann muß man daran erinnern, wie eigentlich die Sozialdemokratie den Berg des Nationalhasse in ihren eigenen Reihen überwinden hat. Die Internationale konnte auf dem ersten Nachkriegskongress in Genf 1919 nur dadurch zusammengeführt werden, daß die deutschen Sozialisten durch Dentsch und Sprecher vor aller Welt die Schuld des deutschen Volkes am Kriege eingestanden (man vergleiche wie neuerdings selbst Lloyd George darüber denkt, Nr. 4 unserer Zeitung), und das in einer Form, die nur widerwärtig friedfertig zu nennen ist. So sehen die guten internationalen Beziehungen aus, auf die sich die Sozialdemokratie so geschäftsfreudig beruft.

Von einer Wirkung, die naturgemäß Deutschland hätte fördern seiner Not verschaffen müßte, keine Spur! Doch, man hat einmal ein Land, das mit den kommunistischen Mordbeuten kräftig aufzuräumen, tatsächlich in Reich und Bund getan. Um nachher schmerzhaft abzubauen, da man die Rechnung ohne zusammenhängende Wirtschaftsveränderung gemacht hatte. Bei der ganzen Verdrängung ist nichts weiter herausgekommen, als daß die Ententegefeindlichen national geblieben sind und sich freuen, so anpruchsvolle und willige Nachbarn zu haben. Die rote Internationale ist nicht nur verpufft, sie ist in mehrere Gruppen gespalten, die sich heftig bekämpfen.

Man kann nach diesen Proben den weiteren Gedankengängen der sozialdemokratischen Manifeste nur mehr mit Skepsis folgen. „Die Sozialdemokratie allein schließt zuverlässig und stark das gleiche Recht für alle.“ Beweis: Wir haben im Landtag, im Provinziallandtag, Kreisrat das freieste Wahlrecht. (Darf man aus der jüngsten Zeit nur einmal die unfähige Haltung der sozialistischen Partei gegenüber den Verordnungen des Reichstages herausschneiden? Das steht sehr wenig nach dem gleichen Recht für alle aus.)

Die Reichsparteien und das schismatische Zentrum haben sich zähneknirschend und widerwillig in die politische Gleichberechtigung der

Srau geschickt, sie haben mit brutaler Rücksichtslosigkeit durch Obstruktion die Verabschiedung des Gesetzentwurfes vereitelt. Wenn das Zentrum darauf achtet, daß bei der Gesetzgebung einschneidende kulturelle und sittliche Gesichtspunkte gewahrt werden, so ist das eben seine Pflicht als christliche Partei.

„Die Sozialdemokratie will Freiheit.“ (Unterlag: Wollt Ihr Wilhelm eine Milliarde nach Holland schicken?)

„Die Sozialdemokratie will Frieden. Die Sozialdemokratie allein war imstande, dem deutschen Volke überhaupt aus dem Weltkrieg herauszuhelfen und ihm den Frieden wiederzugeben.“ Wir wissen heute, daß die am sich bitteren Folgen des Krieges durch das „Mittelmeer“ der Revolution nur ins Ungemessene gesteigert sind und dieses erst Versailles dem endgültigen Boden bereitet hat.

„Die Sozialdemokratie will Brot schaffen.“

„Die Sozialdemokratie will die Ordnung.“

„Die Sozialdemokratie will die Gerechtigkeit.“

„Die Sozialdemokratie will auch die soziale Gerechtigkeit.“

Ja, die Sozialdemokratie will vieles, aber hat nichts geschafft. Als sie in der Reichsregierung saß, hätte sie sich, das verabschiedete Wort „Sozialisierung“ zu gebrauchen. Nun sie mit solchem Pathos sich gedrückt hat, rehet, schimpft und geteilt sie auf diejenigen, welche den Mut haben, den Dingen ins Gesicht zu sehen und versuchen, die Volkswirtschaft mit den Staatsnotwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wer dieses gewerkschaftliche Schreien zur Grundlage der deutschen Politik machen will, der wolle sozialdemokratisch!

#### Tagung des parlamentarischen Beirats.

Köln, 19. Jan. Vom Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete wird uns geschrieben: Unter dem Beisitz von Vertretern der verschiedenen Reichsministerien und der Landesregierungen tagte heute der parlamentarische Beirat für das besetzte Gebiet. Der Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete, v. Starck, erläuterte den Bericht über die Tätigkeit des Reichsministeriums im vergangenen Jahre und über die heutige Lage in den besetzten Gebieten. In der folgenden Aussprache wurde zunächst die Notwendigkeit einer baldigen Fertigstellung des Personalstatutens abgehandelt. Der Vertreter des Reichsministeriums des Innern erklärte, daß der Gesetzentwurf mit allen Mitteln gefördert werden müsse. Einen breiten Raum nahmen die Fragen der Wirtschaft und der Kultur in der Besetzung und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung für militärische Zwecke ein. Die dringende Wohnungsnot und die Notwendigkeit einer erheblichen Steigerung des Wohnungsbau in den besetzten Gebieten wurden lebhaft erörtert und gaben zu Wünschen an die Reichsministerverwaltung Anlaß. Ein Vertreter des Reichsministeriums entwickelte die Tätigkeit der Reichsministerien in der Besetzung auf dem Gebiet der Entschädigung, Requisitionen und Wohnungsbauwesen. In der nachfolgenden Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegenüber der Not und dem Wohnungsbedarf in den Städten und Gemeinden des besetzten Gebietes durch das Reich das Möglichste zu leisten sei.

Köln, 19. Jan. Die Rheinlandkommission hat durch Verordnung 67 die Bestimmungen über die Ausstellung von Jagdwaffen festgesetzt. Danach ist der Besitz von Jagdwaffen erlaubt, wenn die deutschen Behörden dafür einen Jagdwaffenbescheinigung ausgestellt haben. Erlaubt sind Schrotflinten mit ein, zwei, oder drei Läufen, Kugelbüchsen mit ein, zwei oder drei Läufen, gemischte Gewehre für Schrot- und Kugelflug (Wachstinten mit ein, zwei oder drei Läufen), Repetierbüchsen und Flobertbüchsen. Nicht erlaubt sind Büchsen, deren Schußweite 300 Meter übersteigt, und solche, die das gleiche Kaliber haben wie das deutsche Militärgeweh. Der zweite Teil der Verordnung enthält Bestimmungen über die Beförderung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial. Diese Beförderung ist nur mit Genehmigung einer der in der Verordnung näher bezeichneten Stellen möglich. In einer Liste ist angegeben, was als Kriegsmaterial angesehen wird.

#### Die Schutzpolizei.

Ministerpräsident Dr. Brüggemann, der Leiter der Polizeibehörde im preussischen Ministerium des Innern, äußert sich in den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ in längeren Ausführungen über die Schutzpolizei u. a. wie folgt:

### Der Vogt von Splt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(Fortsetzung.)  
„Dann geben Sie mir den Brief“, sagte Hammerstein. „Binnen drei Tagen sollen Sie frei sein, Ihr Gehalt vorläufig als Wartegeld beziehen; aber, mein Wort darauf, Sie sollen in kurzer Zeit auf den Platz berufen werden, der Ihnen gebührt.“  
„Mein Platz“, rief Vornsen mit feiner Donnerstimme, indem er aufstand, „wäre der Schandpfahl, der Galgen, um mit dem Götzen des Heufens mich an der Strafe zu brandmarken, wenn ich so nichts würdig sein könnte, Ihrem Räte zu folgen. Nie, niemals soll es geschehen! Was Sie mir vorschlagen, mußte mich vor mir selbst auf ewig erheben.“  
„Seine Toreiten! Herr Vornsen“, fiel der Staatsrat Holz ein. „Was ich Ihnen rate, ist das Gegenteil aller Phantasterei, aber weit entfernt von Entehrung.“  
„Es kann sein, daß ich elend sterben muß“, sagte Vornsen, indem er in der Mitte des Gefängnisses hin und her seine Augen strahlend aufhob, „aber dann werden kommende Geschlechter rühen zwischen mir und meinen Feinden. Die Geschlechter werden den Erb brechen über die Richter, die mich richteten und die Männer des Unrechts und der Gewalt, deren nichts heilig ist, die mit Glauben, Liebe und Gott Handel treiben, um die Ketten der Völker fester zu schmieden. Gott aber läßt sich nicht spotten. Der Tag wird kommen, wo er Gericht hält, wo Wahrheit und Recht nicht mehr zu schanden werden!“  
„So geben Sie hin in Ihr Schicksal“, sprach Hammerstein, sich abwendend. „Sie sind ein Hahnrei, sind unverbesserlich und“, fuhr er, die Tür in die Hand nehmend, fort, „der Teilnahme nicht würdig, die hohe Personen bisher noch immer für Sie hegen. Leben Sie wohl, Herr Vornsen! Denken Sie an mich. Dieser heroische Mut der Jugend

Während an 60 000 Angehörigen der Polizei Preußens bisher nur Angehörige in ungeeigneter Lage waren, sind für diese nunmehr planmäßige Beamtenstellen geschaffen worden. Vor dem Kriege besaß der Staat zwei Machtquellen, welche die Erfüllung seiner Aufgaben sicherstellten: das starke Heer und die Polizei. Durch die Auflösung der Polizei wurde infolgedessen auch die Polizei auf schwerste in Mitleidenhaft gezogen. Als die Not immer höher stieg und dauernd Unruhen den Staatskörper zu zerstören drohten, wurde die Sicherheitspolizei geschaffen, deren tatkräftiger und selbstloser Hingabe es gelang, das Schwerkelt abzuwenden. Kaum war die Ruhe wieder hergestellt, so galt es der Note von Wollunge gerecht zu werden, welche anstelle des bis dahin im wesentlichen provinzial zusammengefaßten Gebietes der Sicherheitspolizei eine rein örtliche Polizei nach Maßgabe der bis zum Jahre 1918 in Geltung gewesenen Gesetz forderte. Die zur Unterbrechung von der bisherigen Sicherheitspolizei mit dem Namen „Schuttpolizei“ belegte uniformierte und bewaffnete Polizei ist rein örtlich und untersteht ausschließlich dem örtlichen Polizeiverwalter, d. h. einem Zivilverwaltungsbeamten.

Diese Neuordnung der Polizei entspricht demnach in allen Punkten den Forderungen des Bundes. Zufällig bedeutet aber auch die Umgestaltung der Polizei die Grenze dessen, was der Staat, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, zu seiner Sicherung versehen muß. Nur das Maß unserer Selbstachtung kann die Richtung bestimmen, die uns vom Wiederbande entgegengebracht wird. Allerdings müssen die oberen Beamten der Schutzpolizei stets daran denken, daß nur strengste Durchführung aller Vorschriften über die Organisation der Polizei neue Verwidelungen mit dem Wiederbande vorbeugen kann.

Durch die Einarbeitung der Schutzpolizei ist ein einheitlicher Polizeirechtskörper geschaffen worden, in dem ein großer Teil der bisherigen Beamten steht, mit dem sie aber alle auf Gehalt und Verbehr verbunden sind. So kann auch bei diesen Beamten die Freude über das erreichte Ziel groß sein, sollen ihnen doch als den allbewährten Händlern in dem Einheitsschuttpolizei besonders bevorzugte Stellen eingeräumt werden. Auch die kommunale Beamenschaft kann mit Befriedigung auf das vollbrachte Werk blicken, da auf der so geschaffenen Grundlage als nächste Aufgabe der Neuordnung ihre eigene weitgehende Veranschaulichung und Einbürgerung folgen wird.

Wenn die Mitglieder der Schutzpolizei nunmehr in Erfüllung ihres langgehegten Wunsches durch Ausschüttung der vorgeführten Anstellungsbefugnisse die Rechte preussischer Staatsbeamten erwerben, dürfen sie dabei nicht vergessen, daß diesen Rechten auch Pflichten gegenüberstehen. Sie müssen stets eingedenk sein, daß der Polizeibeamte in jeder Lage und unter allen Verhältnissen über dem parteipolitischen Parteizugehörigkeit stehen. Die Erfüllung dieser vornehmsten Pflicht schließt daher jede Beteiligung an einem Streik unbedingt aus. Eine Polizei, die sich mit Streikenden auch nur im geringsten solidarisch erklärt, ist für den Staat nicht mehr verlos, sondern geradezu eine Gefahr.

Dementprechend aber soll auch die Öffentlichkeit, insbesondere die Presse, die Polizei aus ihren Parteipflichten herauslassen.

#### Ein Vorschlag zur Neugliederung.

Hg. Dr. Schlichtebauer (Wahr. Wp.) behandelt in dem Jahrbuch der Endberichte Monatshefte in einem längeren Aufsatz die deutsche Frage. Ueber das Problem der Neugliederung schreibt er:

So gut vor dem Jahre 1866 eine Lösung der deutschen Frage unmöglich war, solange zwei gleichstarke Großmächte im Deutschen Bund miteinander wetteiferten, ebenso wenig ist eine richtige Lösung der deutschen Frage im gegenwärtigen Deutschen Reich mit Einschluß unserer österreichischen Brüder möglich, solange innerhalb dieses Gebietes die Konkurrenz zweier Regierungen und Parlamente — der deutschen und der preussischen — vorhanden ist, die einander die Waagschale halten, die einander sabotieren können.

Der Hebelstein, der hier der Gefühlsbildung der deutschen Bevölkerung gegenübersteht, kann aber nicht dadurch beseitigt werden, daß man Preußen atomisiert. Der Zerfall Preußens in ebenso viele autonome Staaten, als

wird in stumpfsinniger Verzweiflung enden.“ Vornsen sank in den Stuhl zurück. Er fühlte einen hohen Triumph, aber auch den Tremenden, lähmenden Schmerz seines ohnmächtigen Jorns und alle Qualen, die seiner warteten.

18.

Endlich war das Jahr vergangen und das Gefängnis in Rendsburg war sich auf und ließ einen hageren, bleichen Mann in das warme Sonnenlicht des Frühlings hinausstreben. — Am Morgen des Befreiungstages hatten sich Freunde aus Kiel und Schleswig vereinigt, um Vornsen ein Fest zu veranstalten, das trotz der Gegenwirkung der Gungelinnen größerer Anlauf fand, als man vermutet hatte. Vornsen ließ es geschehen, weil er es nicht hindern mochte.

Ein bedeutender Teil der Bevölkerung der Stadt nahm Teil an diesen Gedenkbegegnungen. Ein Volkshaus erwartete den Festen; Kränze und Blumen wurden ihm gebracht. Man rief dem kaptiven, edlen Vornsen, dem Wollkater und mutigen Vorkämpfer seines Volkes freudiges Lebewohl zu, aber über sein blaßes Gesicht lief erst dann der rote Schein der Freude, als die Reihen sich öffneten und der alte Vornsen Lorenz Leve ihm die gewaltigen Hände entgegenstreckte. Hinter ihm standen Hanna und Hilgen samt manchen andern Freunden aus dem Gefängnis und hinter Hilgen standen die Summe, und ehe er es dachte, war er in den Armen seiner Mutter.

Von jetzt an wurde der kurze Weg zu dem geschmückten Festhause ein Triumphzug. Viele drängten sich herbei, Vornsen zu umringen, ihm die Hände zu schütteln, ihm ihre Freude und neuen Hoffnungen zu juchzen. Kränze klopften, die Herzen wurden warm und weich, und alle brinnen im Hause kein Platz mehr war, füllte sich die Straße den ganzen Tag über mit Menschen, die alle den Vornsen lobten und ihm ihre Teilnahme und Dankbarkeit bezeugten wollten.

es Provinzen hat, kann Deutschland nicht stärken, sondern nur schwächen.

Das Sezernier muß anderswo angelegt werden, an dem übertriebenen Berliner Zentralismus und Unitarismus. Ich denke mir die Lösung so: Man lege die westlichen, durch Stammeigenschaften, geschichtliche Vergangenheit und wirtschaftliche Verhältnisse zusammengehörigen Provinzen: Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit zusammen mit einer zentralen Leitung, desgleichen die mittleren Provinzen Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Brandenburg, die Provinzen östlich der Elbe. Diesen drei Gebieten gebe man eine weitgehende Selbstständigkeit in Wirtschaft und Verwaltung. Das dieser Gebiete in der Luft liegt, ergibt sich ja auch aus dem Plan, der inzwischen aufgetaucht und besprochen worden ist, Deutschland in seine natürlichen Wirtschaftsgebiete zu zerlegen. Allein die konsequente Durchführung dieses Gedankens würde zweifelsohne zur Zerschlagung aller staatlicher selbstständiger Einheiten führen. Das, was ich vorschlage, ist keine Zerschlagung, sondern eine Konsolidierung Preußens. Es wäre dann kein Schein, wenn die Distrikte Berlins über die übrigen deutschen Provinzen und über das übrige Deutschland gebrochen würde.

#### Das Reich und die Länder.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Bayerische Volkszeitung“ in Nürnberg u. a.:

Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Hat ein zentralistisch gerichteter Fugel im Zentrum vorübergehend einmal die Oberhand gehabt, so hat in Bayern eine extremdezentralistische Tendenz der Bayerischen Volkspartei nach außen zu einem engherzog-partikularistischen Gepräge verleiht. Diese beiden Extreme zu überwinden, muß Aufgabe aller nach Befriedigung und Verständigung strebenden sein. Denn nur auf der Mittellinie zwischen dem schablonisierenden Unitarismus und dem kleintlichen und zersplitterten Partikularismus kann die Rettung unseres Volkes liegen. Diese Mittellinie zu suchen, dürfte sich die extremdezentralistische Gruppe in der Bayerischen Volkspartei ebenso angelegen sein lassen, wie die wenigen wirklichen Unitaristen in der Zentrumspartei.

#### Erzbischof und Bauernschaft.

Das Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising teilt mit: Unter dem 20. September 1920 hat der Erzbischof von München und Freising, die ländliche Bevölkerung seiner Erzdiözese aufgerufen zu einer Sammlung von Lebensmitteln für die Armen der Stadt. Unser Vertrauen auf den so oft bewährten Opfergeist und die nie versagende christliche Liebe unserer Bauernbevölkerung wurde nicht getäuscht. Im einzelnen ist das Ergebnis der Sammlung folgendes:

3124 8—9000 Zentner Kartoffeln, 3124 1000 Zentner Obst (davon ein Wagon aus den Pfarren Wasserburg, Ober- und Unterreitau am Bodensee), 3124 2500 Zentner Getreide, 3124 150 Zentner Mehl, 3124 650 Zentner Gemüse, 3124 20 Zentner Butter und Schmalz, 3124 25 000 Stück Eier, 3124 12 Zentner Dörrbrat, 3 Waggons Holz und Torf, 3124 500 Maß Brot, 3124 25 Pfd. Honig, 40 Pfd. Speiseöl, 375 Zentner Stroh, endlich 3124 8000 Mark in Geld.

Mit diesen Gaben wurden über 40 Kinderanstalten, Jugend- und Fürsorgeheime, Kinderhorte, Krüppel-, Kleinkinderheimstätten und Säuglingsheime Münchens und anderer Städte, die Landesblinden- und Landesstumpfenanstalt, das Studenten- und Studentenheim, die Lungenfürsorgestelle und mehrere Krankenanstalten bedacht. Ein anderer Teil der Gaben wurde durch caritativen Vereine besonders armen und würdigen Familien, insbesondere aber auch Kranken, alten und gebrechlichen Personen, die durch diese Teuerung in großes, ganz unverschuldetes Elend geraten sind, zugewendet.

#### Der gesunde Kern des Betriebsrätegedankens.

Das Gesetz über die Betriebsräte begegnete bei seinem Entstehen Widerstand besonders in Unternehmerkreisen. Nach und nach kommen aber auch aus diesen Kreise, die erkennen lassen, daß man sich hier mit dem Gesetz abzufinden bereit ist und auch dessen gute Seiten nicht verleugnet. So schreibt v. B. die Handelskammer Hamburg in ihrem Jahresbericht für 1920:

„Anschließend darf nicht unbekannt werden, daß bei einer Reihe von Betriebsratsmitgliedern der gute

Willeutage getreten ist, die ihnen im Gesetz gedachten Aufgaben auch ernstlich zu erfüllen. Es kann daher nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die geschilderten Meinungen sich mit der Zeit immer mehr verringern. Hierzu wird vornehmlich die Erkenntnis beitragen können, daß die Aufgabe der Betriebsräte sich auf die Mitbestimmung bei den eigenen Angelegenheiten der Arbeiterschaft zu beschränken hat. Nur wenn die Betriebsräte sich von weitgehenden, auf eine Verringerung der Unternehmerfunktion hin ausgehenden Bestrebungen freimachen, wird auf der andern Seite auch die Erkenntnis von dem gesunden Kern des Betriebsrätegedankens weiter Wurzel fassen und dieser Gedanke organisch entwickelt werden können. Nur auf diesem Wege ist es auch möglich, das im Interesse der Gesamtwirtschaft erstrebenswerte Vertrauensverhältnis zwischen dem seiner Pflichten und seiner Verantwortung bewußten Unternehmer und der ihre Grenzen erkennenden Arbeiterschaft weiter zu fördern.

#### Das amerikanische Liebeswerk.

Die von Herbert Hoover organisierte Wohltätigkeitsaktion hatte ihren Höhepunkt in einer Versteigerung, die am 19. Dezember v. J. im Metropolitan Opera-Haus in New York stattfand. Die Veranstaltung hatte einen großen Erfolg. Sammlungen, die von den Teilnehmern veranstaltet wurden, ergaben sehr beträchtliche Summen. In der Liste dieser Spenden finden wir Mrs. G. H. Garrison mit 25 000 Dollar, Mrs. Paul M. Warburg mit 10 000 Dollar und andere in Deutschland bekannte Namen mit ähnlichen Beträgen. Eine Summe von 612 000 Dollar ist allein durch diese Versteigerung gesichert worden. Das Hilfswerk ist auf breiter Grundlage organisiert. Das amerikanische Komitee, das American Friends Service Committee, die American Relief Administration der Federal Council of the Churches of Christ in America, das Jewish Joint Distribution Committee, die Knights of Columbus und die Young Men's and Young Women's Christian Associations mit ihren über das ganze Land verzweigten Organisationen haben sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Ihre Vertreter bilden den „European Relief Council“. In gleicher Richtung mit den rein amerikanischen Organisationen wirken die Verbände der Deutsch-Amerikaner, die German- und Gesellschaften, die landesmannschaftlichen Vereinigungen, die deutschen Vögen der Freimaurer uho. Nach Schätzungen des „European Relief Council“ gibt es in den Ländern Mitteleuropas zurzeit 8 000 000 notleidende Kinder. Das Leben dieser Kinder hängt davon, so führte Hoover in seiner Eröffnungsansprache im Metropolitan Opera-Haus aus, davon ab, daß 17 000 Millionen Dollar, Hospitaler, Kliniken und öffentliche Schulen, die alle von amerikanischen Beiträgen unterhalten werden, noch viel mehr unterstützt werden müssen.

#### Los von Warschau.

Warschau, 19. Jan. Der hiesige „Przeglad Wieczorny“ bringt alarmierende Meldungen über Vorbereitungen zu einer großangelegten separatistischen Aktion auf den gesamten polnischen und kommerziellen Gebieten. Diese Vorbereitungen erwidern sich gegen die Warschauer Zentralregierung und würden zielbewußt durchgeführt. Von informierter parlamentarischer Seite wird dazu erklärt, man dürfe nicht vergessen, daß Polen und Kommerzien in dem neu vereinigten Polen zweifellos mehr den gebenden als empfangenden Teil ausmachen, daß aber die polnischen Oberbehörden in den Warschauer Regierungen- und Pressekreisen nicht diejenige Achtung und Wertschätzung erfahren, auf die sie Anspruch erheben zu dürfen glauben. Einerseits beruht die große wirtschaftliche und Finanzkrise in Polen jene Gebiete am südpolnischen, die bei der Vereinigung mit Warschau wieder an die formenden schweren Militärlasten, noch an den katastrophal entwerteten Marktkurs gedacht hätten. Andererseits sei gerade Polen der Stammsitz des nationalpolnischen Gedankens geworden, der von der Herrschaft der Gesamtpolen träume. Die Bezeichnung Separatismus sei daher vielleicht nicht ganz zutreffend; es handele sich vielmehr um eine Losvon-Warschau-Bewegung.

Die Annexionspolitik von Versailles beginnt sich also zu zeigen.

„Mein Gesicht weint hat“, sagte er lächelnd. „Merktet an, mir einen Augenblick in der Tropenzone an, eine weite See nach Teneriffa oder dem südlichen Amerika, und ich bin müde, müde wie ein Hund, der Tag und Nacht gehetzt wurde; müde, das Malten langer Verknüpfung hier mit eigenen Augen zu sehen; müde an Geduld; gestählt von dem, was ich erlebe. Ein brennendes Feuer ist in meinen Eingeweiden und nirgends ein Quell, der mir Abkühlung böte.“

„Und es ist dir kein Trost“, war die Antwort. „Daß die Regierung gezwungen wurde, wenigstens beratende Gänge zu versprechen? Hast du sie nicht dazu bewegt? Liegt in der Haft, wie sie dich verfolgte, nicht eine Anerkennung deines Wertes und ist die Dankbarkeit, welche sich heute deiner freut, nicht ein Zeichen, daß es besser werden wird?“

„Es ist möglich“, erwiderte Vornsen düster. „Daß du recht hast, ich habe aber die Hoffnung verloren. Laßt mich gehen, Freunde, ich habe nicht mehr zu euch. Arretiert ihr jetzt an meine Stelle. Verlebet den Volksgesetz, ich habe die Bahn dazu gebrochen; kämpft im Ständekampf, kämpft durch Schreie und Wort, wie ihr es vermag, gegen Unrecht und Gewalttat.“

„Wir werden uns auf Deutschland stützen“, antwortete ein anderer, „auf den deutschen Bund.“ „Stützt euch auf das deutsche Volk“, gab Vornsen zurück, „das allein kann euch helfen und wird euch helfen, das heißt“, fügte er mit trübem Ausdruck hinzu, „wenn es dahin kommt, daß es ein deutsches Volk auf Erden gibt. Wir dem deutschen Volke müßt ihr gehen, auch als Deutsche fühlen und empfinden, und so lange ihr keine Dänen sein wollt, wird all ihr Drohen und Wüten euch nicht dazu kommen.“

„Du sprichst wie einer, der nicht mehr zu uns gehört“, sagte verärgert ein Freund.

(Fortsetzung folgt.)

Kind  
Will  
mit  
Deutsch  
Sta

Kinder in Not  
mit Flammenzungen  
Kinder sind in Not  
Wohlfahrt aus der  
nen Wiedert  
rette diese Kinder  
Deutschland, in  
Not? ... Wohlfahrt  
trast, jetzt genügt  
Geld? Wohl? Geld?  
Aberne Wohl? Geld?  
du nicht einmal ein  
Wohlfahrt? Wo deine  
Wohlfahrt? Wo deine  
in unsern Vorles  
Männern ins Ged  
Mittelgelehrter  
Gutachten von Sch  
Einzel, Deutschlan  
Schmach und Ber  
Kinder in Not  
geht um sein  
Geld? Geld? Geld?  
in Not, das hat  
denen Papier und  
Kinder in Not  
von dir die Sch  
deine Zukunft, die  
Eine Straßeng  
jedem nochmal  
zu geben. Die So  
auf der Brust se  
lichen Ausweis  
Sache zur Ver  
bitten!

Die Privat  
Chefredakteur, S  
den verantwortl  
Beim. M. Frau  
feigst zum U  
erlernen in M  
Sovereign und  
bung und W  
unter Hinweis  
glaub des En  
schah das, wie  
liche. Ehrenhaft  
als Nach der so  
Nachheram wür  
wegen öffentl  
Art zu Mark  
Kosten veru  
Befragte bish  
Gefängnisstraf  
das Recht zu  
Beurteilung zu  
schon hatte au  
klagen ein Ver  
Erklärung für  
öffentlich werbe  
beiderseitigen  
Herr Vornsen  
einen bestimmten  
aber nicht, weil  
sonstige dazu  
Herr Braun eben  
aber Zufälle, au  
gehen zu können  
getrieben Gewah  
sam es zu obige

Volk  
Nächste  
Anmeldung  
in

Verkehrsper  
die Annahme  
Kollisionsgef  
und Beschäftig  
gen erneut gef  
über Pölkau ist  
ist nach und ab  
Der Satz, Ge  
tion ist ein  
28 Uhr ab. G  
Millionen nicht  
jetzt damit eine  
Bühne aus  
und für einige  
wird am Sonnt  
Montag an G  
Mission reden.  
Missionist in  
Nagoreen, da  
ist am Sonntag  
tga ist im Mar  
ins und des V  
mit ihren Fam  
haben.  
Zur Aufnahme  
um Aufnahme  
und beschwerde  
behörden seine  
niert habe. Die  
den Charakter  
geran. Daher  
fest, daß es auch  
rationiert  
rung, welche ich  
schon 14 Jahre  
kriegsordnung  
rationalisierung  
jeder nach je  
schleht der Not



**W**

**Gernsprecher Nr.**

|                                   |
|-----------------------------------|
| Die „Neu-<br>.....<br>..... Preis |
| Gleichsam                         |

**Nr. 16**

**Neu**

**Nachn, 21. J.**  
medh verwaht  
Markgeschä  
Die Einwohner  
handlung, die d  
folle.

**Berlin, 21. J.**  
Vertreter der v  
dem Polizeipräf  
für den Schutz  
tischen Demonst  
gaben die Erlä  
wie es in dem I  
tei liege.

**Berlin, 21. J.**  
tung verlangte  
Sozialisierung i  
Breinen, 21. J.  
fer Raitlyn Ma  
gefangenen an  
mend, voransch  
Brunskultfestog  
von dort nach d  
wo ihre entgilt  
2 bis 8 Tage sp  
Kattowitz, 2  
ist nach Polen z  
der Nähe größ  
liegen.

**Paris, 21. J.**  
sononten werden  
Krippen aus W  
Dichsonen bere  
und März w  
Kriegsgebie  
London, 21. J.  
haltung für  
land sind im  
pember zu f  
insolge dessen  
Monats an um

**Wähler**

**Berlin, 20. J.**  
bormittag wur  
munstifischen  
Westdeutschlan  
der wegen fe  
Tätigkeit wohl  
den Durchsuchu  
über die Bild  
deutschland gef  
pieren und au  
festgestellt, da  
samen Stu  
Verfassung und  
tur des Pr  
die W. R. P.  
unmittelbar u  
neben anderen  
und der Volkst  
Zaiser (Eiser  
geteilt in Bezie  
und Krisisla  
sch, soweit d  
deutschland in  
Kriegsgebiet hin  
lich der Verei  
die als Partei  
Kampforganisa  
den sämtliche  
Zeit von den f  
Stellen, mit  
eine große M  
wendungs  
Generalfsta  
Während d  
beteiligung d  
zeichnet, gibt  
drei Kommun  
Eisen verha  
Mehrheitsfogia  
nen Worten  
nistisch e

**De**

**Berlin, 20. J.**  
über den U s  
heute fortgeset  
Abg. Dr. C  
die Verfassung  
von den nichtbe  
die Ausnahmest  
die den Rinstat  
schen Tätigkei  
leben können. I  
nimmt nur vor  
unde Zustu  
in Bayern der  
nicht für unfer